

VERTALING
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 99 — 682

[98/33134]

30 NOVEMBER 1998. — Decreet houdende instemming met het Verdrag van Amsterdam tot wijziging van het Verdrag over de Europese Unie, van de overeenkomsten houdende instelling van de Europese Gemeenschappen alsmede van enkele daarmee verbonden Rechtsakten, met de bijlage, met de Protocolen A, B, C en D en met de Slotakte, ondertekend te Amsterdam op 2 oktober 1997

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. Het Verdrag van Amsterdam tot wijziging van het Verdrag over de Europese Unie, van de overeenkomsten houdende instelling van de Europese Gemeenschappen alsmede van enkele daarmee verbonden rechtsakten, de bijlage, de Protocolen A, B, C en D en de Slotakte, ondertekend te Amsterdam op 2 oktober 1997, zullen wat de Duitstalige Gemeenschap betreft, volkomen uitwerking hebben.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 30 november 1998.

J. MARAITE,

Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,
Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden.

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek en Monumenten en Landschappen.

—
Nota

(1) *Sessie 1998-1999.*

Bescheiden van de Raad : 115 (1997-1998) nr. 1. Ontwerp van decreet. — 115 (1998-1999) nr. 2. Verslag.

Integraal verslag : Discussie en aanneming. Vergadering van 30 november 1998.



D. 99 — 683

[C - 98/33128]

**23. OKTOBER 1998 — Erlass der Regierung zur Bezuschussung
von Infrastruktur in kulturellen oder personenbezogenen Angelegenheiten**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck, die Immobilien für die Infrastruktur in kulturellen oder personenbezogenen Angelegenheiten errichten oder ankaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen, abgeändert durch das Dekret vom 21. Oktober 1996, insbesondere die Artikel 1, 6 und 7;

Aufgrund der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über die Staatsbuchführung, insbesondere Artikel 56;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. Oktober 1997;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 14. November 1997;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus, des Ministers für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften sowie des Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck, die Immobilien für die Infrastruktur in kulturellen oder personenbezogenen Angelegenheiten errichten oder ankaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen, abgeändert durch das Dekret vom 21. Oktober 1996;

2. Antragsteller: eine Gemeinde oder eine Vereinigung ohne Erwerbszweck;

3. Immobilie: ein unbewegliches Gut außer Gelände oder Grundstücke;

4. Bauarbeiten: jede Neuerrichtung einer Infrastruktur auf einem unbebauten Baugrund;

5. Erweiterungsarbeiten: jede Vergrößerung einer bestehenden Infrastruktur;

6. Umbauarbeiten: jede Veränderung einer bestehenden Infrastruktur;

7. Instandsetzungsarbeiten: die Ausbesserung einer Infrastruktur ohne räumliche Veränderungen.

Art. 2 - Alle im vorliegenden Erlaß angeführten Geldbeträge verstehen sich ausschließlich der Mehrwertsteuer.

Art. 3 - Unter den in Artikel 3 des Dekrets erwähnten Arbeitskosten versteht man den versteuerbaren Arbeitslohn sowie die Sozialabgaben, außer die durch Gemeindearbeiter geleisteten Arbeitsstunden.

Führt der Antragsteller Arbeiten in eigener Regie durch, können Kosten für Miete von Maschinen und Werkzeug bezuschußt werden.

KAPITEL II — *Allgemeine Modalitäten der Bezuschussung*

Art. 4 - § 1. Das Anrecht auf die im Dekret vorgesehene Bezuschussung muß durch einen Tätigkeitsbericht gerechtfertigt werden.

Zuschüsse werden nur gewährt, wenn der Antragsteller den Nachweis erbringt, daß die Finanzierung des Teils der Ausgaben, der nicht durch diese Zuschüsse abgedeckt ist, abgesichert ist.

§ 2. Vor jedem Ankauf und vor Beginn der Arbeiten ist die in Artikel 10 oder 11 angeführte Entscheidung beziehungsweise die in Artikel 12 § 2 angeführte definitive Zusage der Regierung erforderlich.

Instandsetzungs- oder Umbauarbeiten können vor der im vorhergehenden Absatz angeführten Entscheidung beziehungsweise definitiven Zusage ausgeführt werden, wenn:

1. diese wegen der Gefährdung der Öffentlichkeit und der drohenden schwerwiegenden Beschädigung oder Zerstörung der Gesamtinfrastruktur begründet sind;
2. deren vorrangige Dringlichkeit es nicht ermöglicht, die Modalitäten und Fristen des üblichen Verfahrens zu beachten beziehungsweise einzuhalten.

Art. 5 - Bei öffentlicher Auftragsvergabe teilt der Antragsteller der Regierung mindestens 14 Kalendertage im voraus das Datum der Angebotseröffnung, zu der diese einen Beauftragten entsenden kann, schriftlich mit.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung eine Abschrift des Protokolls der Angebotseröffnung und der begründeten Entscheidung.

Art. 6 - Die zu bezuschussende Immobilie oder Einrichtung ist gegen Feuer versichert oder, wenn es sich um einen Ankauf handelt, gegen Feuer zu versichern.

Art. 7 - Die in Artikel 6 des Dekretes angeführte Laufzeit des Erbpacht- oder Mietvertrages beträgt im Jahr der Antragstellung noch mindestens:

- 12 Jahre, wenn die Kosten des Projektes weniger als 15 Millionen Franken betragen;
- 20 Jahre, wenn die Kosten des Projektes mindestens 15 Millionen Franken betragen.

Art. 8 - Bei Projekten, deren Kosten mindestens 15 Millionen Franken betragen, muß mit einem anerkannten Unternehmen ein Vertrag zur Baustellenkontrolle und der damit einhergehenden Zehnjahresgarantieversicherung sowie einer Baustellenversicherung abgeschlossen werden.

Art. 9 - § 1. Der Zuschuß wird nach Beendigung der Arbeiten beziehungsweise nach dem Ankauf aufgrund der vorgelegten Rechnungs- und Zahlungsbelege und nach Zustellung der in Artikel 6 angeführten Feuerversicherungspolice ausgezahlt.

§ 2. Es können proportionelle Auszahlungen des Gesamtzuschusses erfolgen.

Die zu diesem Zweck eingereichten detaillierten Fortschrittserklärungen müssen vom verantwortlichen Bauleiter oder Architekten gutgeheißen werden und jeweils einem Mindestbetrag von 500 000 Franken entsprechen.

Die proportionellen Auszahlungen dürfen höchstens 90 % des Gesamtzuschusses betragen.

§ 3. Nach Beendigung der Arbeiten erfolgt anhand aller notwendigen Belege die Endabrechnung; u. a. muß eine begründete Aufstellung aller ausgeführten und nicht ausgeführten Arbeiten, die gegebenenfalls im Lastenheft vermerkt waren, eingereicht werden.

§ 4. Spätestens fünf Jahre nach Erteilung der in Artikel 10 oder 11 angeführten Entscheidung beziehungsweise der in Artikel 12 § 2 angeführten definitiven Zusage der Regierung müssen die endgültigen Belege eingereicht sein.

KAPITEL III — Verfahren der Anfrage

Art. 10 - Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zur Bezuschussung des Ankaufs von Gebäuden mit:

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis sportlicher, kultureller, touristischer oder personengebundener Aktivitäten in den zwei der Antragstellung vorhergehenden Jahren, falls dieser Nachweis nicht schon erbracht worden ist;
2. die in Artikel 3, § 2 des Dekretes vorgesehene Schätzung mit Angabe der gegebenenfalls gezahlten Wiederanlegungs- bzw. Pachtentschädigung;
3. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird;
4. wenn der Antragsteller eine Vereinigung ohne Erwerbszweck ist:
 - a) eine eidesstattliche Erklärung, daß die für das Publikum zugänglichen Räumlichkeiten frei von jeder Form der Diskriminierung aus ideologischen Gründen offen stehen;
 - b) eine Abschrift der im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates sowie die eventuelle Mehrwertsteuernummer.

Art. 11 - § 1. Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zur Bezuschussung der Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten für Projekte, deren Kosten 2 500 000 Franken nicht übersteigen, mit:

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis sportlicher, kultureller, touristischer oder personengebundener Aktivitäten in den zwei der Antragstellung vorhergehenden Jahren, falls dieser Nachweis nicht schon erbracht worden ist;
2. ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrags oder des Erbpachtvertrags;
3. gegebenenfalls eine Skizze zur Verdeutlichung des Projekts;
4. eine Abschrift der schriftlichen Aufforderung ein Angebot einzureichen;
5. gegebenenfalls das Lastenheft;
6. drei Kostenvoranschläge, wenn die Kosten 200 000 Franken erreichen; anderenfalls genügt ein Kostenvoranschlag;
7. gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;
8. eine Aufstellung des augenblicklichen Wertes des Gebäudes mittels des Katasterwertes und der Feuerversicherungspolice;

9. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird;

10. wenn der Antragsteller eine Vereinigung ohne Erwerbszweck ist:

a) eine eidesstattliche Erklärung, daß die für das Publikum zugänglichen Räumlichkeiten frei von jeder Form der Diskriminierung aus ideologischen Gründen offen stehen;

b) eine Abschrift der im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates sowie die eventuelle Mehrwertsteuernummer.

Art. 12 - § 1. Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Regierung dem Antragsteller ihre prinzipielle Entscheidung zur Bezuschussung der Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten, deren Kosten mindestens 2 500 000 Franken betragen, mit:

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis ihrer sportlichen, kulturellen, touristischen oder personengebundenen Aktivitäten in den zwei der Antragstellung vorhergehenden Jahren, falls dieser Nachweis nicht schon erbracht worden ist;

2. eine Absichtserklärung mit dem Programm des Projekts;

3. ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrags oder des Erbpachtvertrags;

4. gegebenenfalls eine Skizze zur Verdeutlichung des Projekts;

5. eine allgemeine Kostenschätzung;

6. wenn der Antragsteller eine Vereinigung ohne Erwerbszweck ist:

a) eine eidesstattliche Erklärung, daß die für das Publikum zugänglichen Räumlichkeiten frei von jeder Form der Diskriminierung aus ideologischen Gründen offen stehen;

b) eine Abschrift der im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates sowie die eventuelle Mehrwertsteuernummer.

§ 2. Innerhalb eines Jahres nach Erteilung der prinzipiellen Zusage hat mittels folgender Dokumente die Anfrage für die definitive Zusage zu erfolgen:

1. die endgültige Absichtserklärung bezüglich des Projekts;

2. eine Abschrift des Beschlusses des Gemeinderates oder des Verwaltungsrates des Antragstellers mit der Bezeichnung des Projektors und der Festlegung des Vergabeverfahrens;

3. das Lastenheft;

4. die präzise Kostenschätzung des Projektors;

5. gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;

6. gegebenenfalls der Nachweis des Abschlusses der in Artikel 8 erwähnten Verträge zur Baustellenkontrolle;

7. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird.

§ 3. Nach begründetem Antrag kann die Regierung die bereits erteilte prinzipielle Zusage um höchstens 6 Monate verlängern.

Art. 13 - Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Regierung dem Antragsteller ihre Entscheidung zur Bezuschussung der Einrichtung und Ausrüstung von Immobilien mit:

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis sportlicher, kultureller, touristischer oder personengebundener Aktivitäten in den zwei der Antragstellung vorhergehenden Jahren, falls dieser Nachweis nicht schon erbracht worden ist;

2. ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrags beziehungsweise Erbpachtvertrags;

3. drei Kostenvoranschläge, wenn der Preis 200.000 Franken erreicht; anderenfalls genügt ein Kostenvoranschlag;

4. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird;

5. wenn der Antragsteller eine Vereinigung ohne Erwerbszweck ist:

a) eine eidesstattliche Erklärung, daß die für das Publikum zugänglichen Räumlichkeiten frei von jeder Form der Diskriminierung aus ideologischen Gründen offen stehen;

b) eine Abschrift der im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates sowie die eventuelle Mehrwertsteuernummer.

Art. 14 - Instandsetzungsarbeiten oder Umbauarbeiten, die in Anwendung von Artikel 4 § 2 Absatz 2 dringend erforderlich sind, können in Abweichung von Artikel 11 oder Artikel 12 nach Einreichen folgender Dokumente bezuschußt werden:

1. eine begründete Erklärung des Bürgermeisters über die Gefährdung der Öffentlichkeit und eine begründete Erläuterung eines Ingenieurs oder eines Architekten über die drohenden schwerwiegenden Beschädigungen oder Zerstörungen der Gesamtinfrastruktur;

2. eine Beschreibung und Kostenschätzung der Arbeiten;

3. eine Abschrift des in Dringlichkeit vorgenommenen Vergabeverfahrens;

4. das Protokoll der begründeten Auftragserteilung;

5. eine Erklärung, warum die Modalitäten und Fristen des üblichen Verfahrens nicht beachtet beziehungsweise eingehalten werden konnten.

KAPITEL V — Auflösung des Mietverhältnisses, Abtretung und Übernahme der Güter

Art. 15 - § 1. Die in Artikel 7 des Dekretes angeführte zu beachtende Frist vor der entgeltlichen oder unentgeltlichen Abtretung der bezuschußten Infrastruktur beträgt vom Tage der Auszahlung des gesamten Zuschusses an:

- 12 Jahre, wenn die Kosten des Projektes weniger als 15 Millionen Franken betragen;

- 20 Jahre, wenn die Kosten des Projektes mindestens 15 Millionen Franken betragen.

§ 2. Wenn eine bezuschusste Infrastruktur vor Ablauf dieser Fristen von einer Gemeinde oder einer Vereinigung ohne Erwerbzweck übernommen wird, übermittelt der Zuschußempfänger der Regierung innerhalb eines Monats nach dem Vorgang folgende Dokumente:

1. Bei Übernahme durch eine Gemeinde:

- eine Abschrift des Beschlusses des Gemeinderates;

- ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrags beziehungsweise Erbpachtvertrags über die verbleibende Mindestdauer.

2. Bei Übernahme durch eine Vereinigung ohne Erwerbzweck:

- ein Auszug aus dem Belgischen Staatsblatt mit der Zusammensetzung des Verwaltungsrates und der Zielsetzung;

- das schriftliche Einverständnis zur Übernahme;

- eine Aufstellung ihrer Aktivitäten;

- ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrags beziehungsweise Erbpachtvertrags über die verbleibende Mindestdauer.

Art. 16 - Der Zuschußempfänger muß die Regierung unverzüglich nach Abtretung der bezuschusteten Güter oder nach Auflösung des in Artikel 6 des Dekretes vorgesehenen Mietvertrags oder Erbpachtvertrags benachrichtigen, er muß den Vorgang begründen und der Regierung alle diesbezüglich gewünschten Auskünfte erteilen.

KAPITEL VI — Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 17 - Der Erlaß der Regierung vom 27. November 1991 zur Bezuschussung von Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur, abgeändert durch den Erlaß der Regierung vom 29. Dezember 1995, ist aufgehoben.

Art. 18 - Für Anträge, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingereicht wurden, gelten weiterhin die bis dahin gültigen Bestimmungen.

Art. 19 - Vorliegender Erlaß wird am 1. Oktober 1998 wirksam.

Art. 20 - Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus und der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales sowie der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften sind in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Oktober 1998.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen,
internationale Beziehungen, Gesundheit Familie und Senioren, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung
Denkmäler und Landschaften
W. SCHRÖDER

TRADUCTION

F. 99 — 683

[C - 98/33128]

23 OCTOBRE 1998. — Arrêté du Gouvernement portant subside de l'infrastructure dans les matières culturelles et personnalisables

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret de la Communauté germanophone du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure dans les matières culturelles et personnalisables ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure, modifié par le décret du 21 octobre 1996, notamment les articles 1, 6 et 7;

Vu les lois sur la comptabilité de l'État, coordonnées le 17 juillet 1991, notamment l'article 56;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 15 octobre 1977;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 14 novembre 1997;

Vu l'avis du Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme, du Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites et du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

CHAPITRE I. — Dispositions générales

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1° décret : le décret de la Communauté germanophone du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure dans les matières culturelles et personnalisables ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure, modifié par le décret du 21 octobre 1996;

2° demandeur : une commune ou une association sans but lucratif;

3° bien immeuble : un bien immeuble, sauf terrain ou fonds de terre;

- 4° travaux de construction : toute construction d'une nouvelle infrastructure sur un terrain à bâtir non bâti;
- 5° travaux d'extension : tout agrandissement d'une infrastructure existante;
- 6° travaux de transformation : toute modification à une infrastructure existante;
- 7° travaux de réparation : toute réparation à une infrastructure sans modification des lieux.

Art. 2. Tous les montants mentionnés dans le présent arrêté s'entendent hors TVA.

Art. 3. Par les frais de main-d'oeuvre visés à l'article 3 du décret, on entend le salaire imposable ainsi que les charges sociales à l'exception des heures de travail prestées par des ouvriers communaux.

Si le demandeur exécute des travaux en régie propre, les frais de location de machines et d'outils peuvent être subsidiés.

CHAPITRE II. — *Modalités générales de subsidiation*

Art. 4. § 1 - Le droit à la subsidiation prévue dans le décret doit être étayé par un rapport d'activité.

Les subventions ne sont octroyées que lorsque le demandeur apporte la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par ces subventions est assuré.

§ 2 - La décision visée aux articles 10 et 11 ou la promesse ferme du Gouvernement visée à l'article 12, § 2 est requise avant tout achat et avant le début des travaux.

Peuvent être exécutés avant la décision ou promesse définitive visée à l'alinéa précédent, les travaux de réparation ou de transformation :

- 1° justifiés par le fait que le public est mis en danger ou qu'il y a menace de détérioration ou de destruction de toute l'infrastructure;
- 2° dont l'urgence ne permet pas de respecter les modalités et délais de la procédure habituelle.

Art. 5. En cas d'adjudication publique, le demandeur communique par écrit, au moins 14 jours calendrier à l'avance, la date d'ouverture de la soumission au Gouvernement, lequel peut y envoyer un délégué.

Le demandeur transmet au Gouvernement une copie du procès-verbal de l'ouverture de la soumission et de la décision motivée.

Art. 6. Le bien immeuble ou l'établissement à subsidier est assuré contre l'incendie ou devra l'être quand il s'agit de l'achat d'un bien immobilier.

Art. 7. L'année de la demande, la durée encore à courir du contrat de bail locatif ou emphytéotique visée à l'article 6 du décret, est d'au moins :

- 1° 12 ans si le coût du projet est inférieur à 15 millions de francs;
- 2° 20 ans si le coût du projet est d'au moins 15 millions de francs.

Art. 8. Pour les projets dont le coût est au moins de 15 millions de francs, la conclusion d'un contrat de surveillance du chantier et de l'assurance de garantie décennale y afférente, ainsi que d'une assurance-chantier est obligatoire.

Art. 9. § 1 - La subvention sera liquidée, selon le cas, après la fin des travaux ou après l'achat, sur présentation des factures et des preuves de paiement, et après notification de la police d'assurance incendie visée à l'article 6.

§ 2 - La subvention globale peut être liquidée au prorata.

Les états d'avancement des travaux, déposés à cet effet, doivent être approuvés par le conducteur des travaux ou l'architecte responsable et porter chacun sur un minimum de F 500 000.

Les paiements au prorata ne peuvent dépasser 90 % de la subvention globale.

§ 3 - Le décompte final sera établi après la fin des travaux sur la base de toutes les pièces justificatives requises; il faudra introduire entre autres un état motivé de tous les travaux exécutés et non exécutés qui, le cas échéant, figuraient dans le cahier des charges.

§ 4 - Les pièces justificatives définitives seront déposées au plus tard 5 ans après la décision visée aux articles 10 ou 11 ou après la promesse ferme du Gouvernement visée à l'article 12, § 2.

CHAPITRE III. — *Procédure de demande*

Art. 10. Sur demande et sur présentation des documents suivants, le Gouvernement communique au demandeur sa décision quant à la subsidiation de l'achat de bâtiments :

- 1° une justification attestant l'existence d'activités sportives, culturelles, touristiques ou personnalisables au cours des deux années précédant la demande, si cette preuve n'a pas encore été apportée;
- 2° l'estimation prévue à l'article 3, § 2 du décret, laquelle indiquera l'indemnité de réemploi ou l'indemnité emphytéotique éventuellement payée;
- 3° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par les subsides de la Communauté germanophone est assuré;
- 4° lorsque le demandeur est une association sans but lucratif :
 - a) une déclaration sur l'honneur attestant que les locaux accessibles au public le sont sans aucune discrimination idéologique;
 - b) une copie des statuts publiés au Moniteur Belge, la composition actuelle du conseil d'administration ainsi que, le cas échéant, le numéro de T.V.A.

Art. 11. Sur demande et sur présentation des documents suivants, le Gouvernement communique au demandeur sa décision quant à la subsidiation des travaux de construction, d'extension, de transformation et de réparation pour les projets dont le coût ne dépasse pas F 2 500 000 :

- 1° une justification attestant l'existence d'activités sportives, culturelles, touristiques ou personnalisables au cours des deux années précédant la demande, si cette preuve n'a pas encore été apportée;
- 2° un titre de propriété ou une copie du contrat de bail locatif ou emphytéotique;

- 3° le cas échéant, une esquisse pour expliquer le projet;
- 4° une copie de l'invitation écrite à déposer une offre;
- 5° le cas échéant, le cahier des charges;
- 6° 3 devis lorsque le coût atteint F 200 000, sinon, un seul suffit;
- 7° le cas échéant, une copie du permis de bâtir et des plans remis pour l'obtention de celui-ci;
- 8° un état fixant la valeur actuelle du bâtiment sur base de la valeur cadastrale et de la police d'assurance-incendie;
- 9° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par les subsides de la Communauté germanophone est assuré;
- 10° lorsque le demandeur est une association sans but lucratif :
 - a) une déclaration sur l'honneur attestant que les locaux accessibles au public le sont sans aucune discrimination idéologique;
 - b) une copie des statuts publiés au Moniteur Belge, la composition actuelle du conseil d'administration ainsi que, le cas échéant, le numéro de T.V.A.

Art. 12. § 1 - Sur demande et sur présentation des documents suivants, le Gouvernement communique au demandeur sa décision de principe quant à la subsidiation des travaux de construction, d'extension, de transformation et de réparation dont le coût est au moins de F 2 500 000 :

- 1° une justification attestant l'existence d'activités sportives, culturelles, touristiques ou personnalisables au cours des deux années précédant la demande, si cette preuve n'a pas encore été apportée;
- 2° une déclaration d'intention accompagnée du programme du projet;
- 3° un titre de propriété ou une copie du contrat de bail locatif ou emphytéotique relatif aux biens immobiliers concernés;
- 4° le cas échéant, une esquisse pour expliquer le projet;
- 5° un devis général;
- 6° lorsque le demandeur est une association sans but lucratif :
 - a) une déclaration sur l'honneur attestant que les locaux accessibles au public le sont sans aucune discrimination idéologique;
 - b) une copie des statuts publiés au Moniteur Belge, la composition actuelle du conseil d'administration ainsi que, le cas échéant, le numéro de T.V.A.

§ 2 - Dans l'année suivant la promesse de principe, la demande d'une promesse ferme doit être introduite au moyen des documents suivants :

- 1° la déclaration d'intention définitive relative au projet;
- 2° une copie de la décision du conseil communal ou du conseil d'administration du demandeur désignant l'auteur du projet et fixant la procédure pour l'attribution du marché;
- 3° le cas échéant, le cahier des charges;
- 4° une estimation précise des coûts établie par l'auteur du projet;
- 5° le cas échéant, une copie du permis de bâtir et des plans remis pour l'obtention de celui-ci;
- 6° le cas échéant, la preuve que les contrats de surveillance du chantier visés à l'article 8 ont été conclus;
- 7° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par les subventions de la Communauté germanophone est assuré.

§ 3 - Après demande motivée, le Gouvernement peut proroger de 6 mois au maximum la promesse de principe déjà donnée.

Art. 13. Sur demande et sur présentation des documents suivants, le Gouvernement communique au demandeur sa décision quant à la subsidiation de l'aménagement et de l'équipement de biens immobiliers :

- 1° une justification attestant l'existence d'activités sportives, culturelles, touristiques ou personnalisables au cours des deux années précédant la demande, si cette preuve n'a pas encore été apportée;
- 2° un titre de propriété ou une copie du contrat de bail locatif ou emphytéotique;
- 3° trois devis lorsque le coût atteint 200 000 francs, sinon, un seul suffit;
- 4° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par les subventions de la Communauté germanophone est assuré.
- 5° lorsque le demandeur est une association sans but lucratif :
 - a) une déclaration sur l'honneur attestant que les locaux accessibles au public le sont sans aucune discrimination idéologique;
 - b) une copie des statuts publiés au Moniteur Belge, la composition actuelle du conseil d'administration ainsi que, le cas échéant, le numéro de T.V.A.

Art. 14. Par dérogation aux articles 11 et 12, les travaux de réparation ou de transformation considérés comme urgents en application de l'article 4, § 2, alinéa 2 peuvent être subsidiés après introduction des documents suivants :

- 1° une déclaration motivée du bourgmestre relative à la mise en danger du public ou une déclaration motivée d'un ingénieur ou architecte relative à la menace d'endommagement ou de destruction de toute l'infrastructure;
- 2° une description des travaux et un devis;
- 3° une copie du dossier relatif à l'adjudication effectuée d'urgence;
- 4° le procès-verbal de l'attribution du marché motivée;
- 5° une déclaration expliquant pourquoi les modalités et délais de la procédure habituelle n'ont pu être respectés.

CHAPITRE IV. — *Résiliation du contrat de bail, cession et reprise des biens*

Art. 15. § 1 - Le délai à observer avant la cession à titre onéreux ou gratuit de l'infrastructure subsidiée, visé à l'article 7 du décret, s'élève, à partir du jour de la liquidation totale des subsides, à :

- 1° 12 ans si le coût du projet est inférieur à 15 millions de francs;
- 2° 20 ans si le coût du projet est d'au moins 15 millions de francs.

§ 2 - Lorsqu'une infrastructure est reprise par une commune ou une association sans but lucratif avant l'expiration de ces délais, le bénéficiaire des subsides transmet dans le mois les documents suivants au Gouvernement :

- 1° en cas de reprise par une commune :
 - une copie de la décision prise par le Conseil communal;
 - un titre de propriété ou une copie du contrat de bail locatif ou emphytéotique couvrant la durée minimale restante;
- 2° en cas de reprise par une association sans but lucratif :
 - un extrait du Moniteur Belge, avec la composition du conseil d'administration et l'objet;
 - l'accord écrit quant à la reprise;
 - un rapport d'activité;
 - un titre de propriété ou une copie du contrat de bail locatif ou emphytéotique couvrant la durée minimale restante.

Art. 16. Le bénéficiaire du subside doit informer le Gouvernement immédiatement après la cession des biens subsidiés ou après la résiliation du contrat de bail locatif ou emphytéotique visé à l'article 6 du décret, justifier sa démarche et transmettre au Gouvernement toutes les informations souhaitées.

CHAPITRE V. — *Dispositions abrogatoires, transitoires et finales*

Art. 17. L'arrêté de l'Exécutif du 27 novembre 1991 portant subsidiation de l'infrastructure culturelle, sportive et touristique, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 29 décembre 1995, est abrogé.

Art. 18. Pour les demandes introduites avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, les dispositions applicables jusqu'alors restent d'application.

Art. 19. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} octobre 1998.

Art. 20. Le Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme, le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales ainsi que le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 octobre 1998.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias
et des Affaires sociales,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique
et des Monuments et Sites,
W. SCHRÖDER

—————
VERTALING

**23 OKTOBER 1998. — Besluit van de Regering
tot subsidiëring van de infrastructuur op het gebied van culturele of persoonsgebonden aangelegenheden**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 28 juni 1988 betreffende de toekening van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de infrastructuur op het gebied van culturele of persoonsgebonden aangelegenheden bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren, gewijzigd bij het decreet van 21 oktober 1996, inzonderheid op de artikels 1, 6 en 7;

Gelet op de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991, inzonderheid op artikel 56;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 15 oktober 1997;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 14 november 1997;

Gelet op het advies van de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme, van de Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen, en van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voor de uitvoering van dit besluit verstaat men onder :

1° decreet : het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 28 juni 1988 betreffende de toekening van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de infrastructuur op het gebied van culturele of persoonsgebonden aangelegenheden bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren, gewijzigd bij het decreet van 21 oktober 1996;

2° de aanvrager : een gemeente of een vereniging zonder winstoogmerk;

3° onroerend goed : een onroerend goed, behalve terrein en gronderf;

4° bouwwerken : elke nieuwe oprichting van een infrastructuur op een onbebouwde bouwgrond;

5° uitbreidingswerken : elke uitbreiding van een bestaande infrastructuur;

6° verbouwingswerken : elke verbouwing van een bestaande infrastructuur;

7° herstellingswerken : elke herstelling in een infrastructuur zonder ruimtewijziging.

Art. 2. Alle bedragen vermeld in dit besluit dienen exclusief BTW te worden verstaan.

Art. 3. Onder de in artikel 3 van het decreet bedoelde arbeidskosten verstaat men de belastbare salaris en de sociale lasten met uitzondering van de arbeidsuren gepresteerd door gemeentelijke arbeiders.

Indien de aanvrager werken in eigen regie uitvoert, kunnen voor de machines en werktuigen huurkosten gesubsidieerd worden.

HOOFDSTUK II. — *Algemene subsidiëringsmodaliteiten*

Art. 4. § 1 - Het recht op de subsidiëring waarin het decreet voorziet, moet door een activiteitenverslag verantwoord worden.

De toelagen worden slechts toegekend wanneer de aanvrager het bewijs levert dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen gedekt is.

§ 2 - Vóór elke aankoop en vóór het begin van de werken is de in artikel 10 of 11 vermelde beslissing of de in artikel 12, § 2 vermelde vaste belofte van de Regering vereist.

Vóór de in het voorafgaande lid vermelde beslissing of vaste belofte kunnen herstellings- en ombouwwerken worden uitgevoerd :

1° die gemotiveerd zijn door een bedreiging van het publiek respectievelijk een dreigende beschadiging of vernietiging van de hele infrastructuur;

2° wanneer de dringende noodzakelijkheid het niet mogelijk maakt de modaliteiten en termijnen van de gewone procedure na te komen.

Art. 5. Bij een openbare aanbesteding deelt de aanvrager schriftelijk de datum van de opening van de inschrijvingen 14 dagen bij voorbaat aan de Regering mede die er een gevolmachtigde naar kan zenden.

De aanvrager maakt een kopie van het proces-verbaal over de opening van de inschrijvingen en van de met redenen omklede beslissing aan de Regering over.

Art. 6. Het te subsidiëren onroerend goed of de te subsidiëren inrichting is tegen brand verzekerd of zal tegen brand verzekerd worden, indien het om de aankoop van een onroerend goed gaat.

Art. 7. De in artikel 6 van het decreet bedoelde nog te lopen duur van het huur- of erfpachtcontract beloopt in het jaar van de aanvraag ten minste :

1° 12 jaar, indien de kosten van het project lager liggen dan 15 miljoen frank;

2° 20 jaar, indien de kosten van het project ten minste 15 miljoen frank bedragen.

Art. 8. Voor projecten waarvan de kosten ten minste 15 miljoen frank bedragen, is de afsluiting van een verdrag over het werftoezicht en van de daarmee verbonden verzekering voor een tienjarige garantie, alsmede van een werkverzekering met een erkende onderneming verplicht.

Art. 9. § 1 - De toelage wordt na de beëindiging van de werken resp. na de aankoop uitbetaald, op basis van de ingediende rekeningen en betalingsbewijzen en na de betekening van de vuurverzekeringspolice vermeld in artikel 6.

§ 2 - De globale toelage mag door middel van proportionele betalingen worden uitbetaald.

De daartoe ingediende gedetailleerde vorderingsverklaringen moeten door de verantwoordelijke bouwcoördinator of architect worden goedgekeurd en telkens een minimumbedrag van 500 000 frank in rekening brengen.

De proportionele betalingen mogen ten hoogste 90% van de globale toelage bedragen.

§ 3 - Na beëindiging van de werken heeft de eindafrekening plaats op basis van alle noodzakelijke bewijsstukken; o.a. dient een met redenen omklede lijst van alle uitgevoerde en niet uitgevoerde werken die, desgevallend, in het bestek vermeld waren, ingediend te worden.

§ 4 - Ten laatste 5 jaar na de beslissing vermeld in artikel 10 of 11 of na de vaste belofte van de Regering vermeld in artikel 12, § 2 moeten de definitieve bewijsstukken ingediend zijn.

HOOFDSTUK III. — *Procedure voor de aanvraag*

Art. 10. Op verzoek en nadat volgende documenten zijn ingediend, deelt de Regering de aanvrager haar beslissing mede omtrent de subsidiëring van de aankoop van gebouwen :

1° een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele, toeristische of persoonsgebonden activiteiten gedurende twee jaar vóór de aanvraag, indien dit bewijs nog niet geleverd is;

2° de raming waarin artikel 3, § 2 van het decreet voorziet met de in voorkomend geval betaalde vergoeding voor wederbelegging of pachtvergoeding;

3° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is;

4° indien de aanvrager een vereniging zonder winstoogmerk is :

a) een verklaring op eer dat de voor het publiek toegankelijke ruimten zonder enige ideologische discriminatie toegankelijk zijn;

b) een kopie van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de aktuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het eventuele BTW-nummer.

Art. 11. Op verzoek en nadat volgende documenten zijn ingediend, deelt de Regering haar beslissing omtrent de subsidiëring van de bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken aan de aanvrager mede, indien de kosten van de projecten 2 500 000 frank niet overschrijden :

1° een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele, toeristische of persoonsgebonden activiteiten gedurende de twee jaar vóór de aanvraag, indien dit bewijs nog niet geleverd is;

2° een eigendomsbewijs of een kopie van het huur- respectievelijk erfpachtcontract...;

3° in voorkomend geval, een schets om het project duidelijker te maken;

4° een kopie van het schriftelijk verzoek om een offerte in te dienen;

5° in voorkomend geval, het bestek;

6° drie kostenramingen wanneer de kosten 200 000 frank bereiken, zoniet is één kostenraming voldoende;

7° in voorkomend geval, een kopie van de bouwvergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;

8° de aktuele waarde van het gebouw berekend op basis van de kadasterwaarde en de vuurverzekeringsspolice;

9° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is;

10° indien de aanvrager een vereniging zonder winstoogmerk is :

a) een verklaring op eer dat de voor het publiek toegankelijke ruimten zonder enige ideologische discriminatie toegankelijk zijn;

b) een kopie van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de aktuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het eventuele BTW-nummer.

Art. 12. § 1 - Op verzoek en nadat volgende documenten zijn ingediend deelt de Regering haar principiële beslissing omtrent de subsidiëring van de bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken aan de aanvrager mede, indien de kosten van de projecten ten minste 2 500 000 frank bedragen :

1° een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele, toeristische of persoonsgebonden activiteiten gedurende de twee jaar vóór de aanvraag, indien dit bewijs nog niet geleverd is;

2° een intentieverklaring met het programma van het project;

3° een eigendomsbewijs of een kopie van het huur- respectievelijk erfpachtcontract met betrekking tot de bedoelde onroerende goederen;

4° in voorkomend geval, een schets om het project duidelijker te maken;

5° een algemene kostenraming;

6° indien de aanvrager een vereniging zonder winstoogmerk is :

a) een verklaring op eer dat de voor het publiek toegankelijke ruimten zonder enige ideologische discriminatie toegankelijk zijn;

b) een kopie van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de aktuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het eventuele BTW-nummer.

§ 2 - Binnen één jaar na de principiële belofte moet de vaste belofte worden aangevraagd door middel van volgende documenten :

1° de definitieve intentieverklaring betreffende het project;

2° een kopie van de beslissing van de gemeenteraad of van de raad van beheer van de aanvrager houdende aanwijzing van de projectauteur en bepaling van de aanbestedingsprocedure;

3° in voorkomend geval, het bestek;

4° de precieze kostenraming van de projectauteur;

5° in voorkomend geval, een kopie van de bouwvergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;

6° in voorkomend geval, het bewijs dat de verdragen over het werftoezicht bedoeld in artikel 8 afgesloten zijn;

7° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is.

§ 3 - Met redenen omklede aanvraag kan de Regering de reeds verleende principiële belofte om ten hoogste 6 maanden verlengen.

Art. 13. Op verzoek en nadat volgende documenten zijn ingediend deelt de Regering haar beslissing omtrent de subsidiëring van de inrichting en uitrusting van onroerende goederen aan de aanvrager mede :

1° een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele, toeristische of persoonsgebonden activiteiten gedurende de twee jaar vóór de aanvraag, indien dit bewijs nog niet geleverd is;

2° een eigendomsbewijs of een kopie van het huur- respectievelijk erfpachtcontract;

3° drie kostenramingen wanneer de kosten 200 000 frank bereiken, zoniet is één kostenraming voldoende;

4° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is;

5° indien de aanvrager een vereniging zonder winstoogmerk is :

a) een verklaring op eer dat de voor het publiek toegankelijke ruimten zonder enige ideologische discriminatie toegankelijk zijn;

b) een kopie van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de aktuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het eventuele BTW-nummer.

Art. 14. Herstellings- en ombouwwerken die met toepassing van artikel 4, § 2, lid 2 dringend noodzakelijk zijn, kunnen in afwijking van artikel 11 of artikel 12 worden gesubsidieerd nadat volgende documenten zijn ingediend :

1° een met redenen omklede verklaring van de burgemeester omtrent de bedreiging van het publiek en een met redenen omklede verklaring van een ingenieur of architect omtrent de dreigende beschadigingen of vernietiging van de hele infrastructuur;

2° een beschrijving en een kostenraming van de werken;

3° een kopie van de in spoedgeval uitgevoerde gunningsprocedure;

4° het proces-verbaal van het met redenen omklede verlijden van de opdracht;

5° een verklaring die uitlegt waarom de modaliteiten en termijnen van de gewone procedure niet nagekomen kunnen worden.

HOOFDSTUK IV. — *Ontbinding van het huur- of erfpachtcontract, cessie en overname van de goederen*

Art. 15. § 1 - De vóór de afstand onder bezwarende titel of gratis in acht te nemen termijn, vermeld in artikel 7 van het decreet, bedraagt vanaf de uitbetaling van alle toelagen :

1° 12 jaar, indien de kosten van het project lager liggen dan 15 miljoen frank;

2° 20 jaar, indien de kosten van het project ten minste 15 miljoen frank bedragen.

§ 2 - Wordt een infrastructuur vóór het verstrijken van deze termijnen door een gemeente of een vereniging zonder winstoogmerk overgenomen, dan maakt de ontvanger van de subsidie binnen de maand volgende documenten aan de Regering over :

1° bij overname door een gemeente :

- een kopie van de beslissing van de gemeenteraad;

- een eigendomsbewijs of een kopie van het huur- resp. erfpachtcontract dat de overblijvende minimumduur dekt;

2° bij overname door een vereniging zonder winstoogmerk :

- een uittreksel uit het *Belgisch Staatsblad*, met de samenstelling van de raad van beheer en het doel van de vereniging;

- de schriftelijke toestemming wat de overname betreft;

- een activiteitenverslag;

- een eigendomsbewijs of een kopie van het huur- resp. erfpachtcontract dat de overblijvende minimumduur dekt.

Art. 16. Onmiddellijk na de cessie van de gesubsidieerde goederen of na de ontbinding van het huur- of erfpachtcontract bedoeld in artikel 6 van het decreet moet de ontvanger van de subsidie er de Regering van verwittigen, die handeling verantwoordt en de Regering alle daaromtrent gewenste inlichtingen leveren.

HOOFDSTUK V. — *Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 17. Het besluit van de Executieve van 27 november 1991 tot subsidiëring van culturele, toeristische en sportinfrastructuur, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 29 december 1995, is opgeheven.

Art. 18. Voor de aanvragen ingediend vóór de inwerkingtreding van dit besluit blijven de bepalingen van toepassing die tot dat moment toepasselijk waren.

Art. 19. Dit besluit heeft uitwerking op 1 oktober 1998.

Art. 20. De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme, de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden en de Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 oktober 1998.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,
Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek,
Monumenten en Landschappen,
W. SCHRÖDER